

Sicherheitsinteressen am Hindukusch – Desinteresse zuhause?

Anna Geis

Otfried Nassauer wirft am Ende seines WT-Beitrags Fragen auf, die in einer kritischen Debatte über die zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr erörtert werden sollten: So müssten erstens die internationalen wie innerstaatlichen Rechtsgrundlagen der Einsätze präziser gefasst werden. Zweitens sollten die „Interessen“ Deutschlands im Rahmen multinationaler Entscheidungsarrangements wie NATO und EU als sowohl einschränkender wie ermöglichender Faktor stärker reflektiert werden. Drittens sei es notwendig, deutlicher und klarer als bislang sachliche, konfliktfallbezogene Kriterien für eine Beteiligung an einem Einsatz auszuweisen. Schließlich sei die Frage zu diskutieren, wie viel Militär Deutschland für die Bearbeitung neuartiger internationaler Sicherheitsprobleme benötige, und ob nicht die zivilen Komponenten der deutschen Sicherheitspolitik gestärkt werden sollten, um das „Krisenmanagement“ effektiver zu gestalten.

Diese vier Fragen, die in einer Debatte über Gegenwart und Zukunft (sicherlich auch junge Vergangenheit) der Auslandseinsätze der Bundeswehr berücksichtigt werden sollten, implizieren allesamt die Forderung nach mehr Rationalität bei der Entscheidung über Militärmissionen. Rationalität wird hierbei zweifach verstanden: Zum einen als Orientierung an Sachangemessenheit, die durch die Selbstbindung der Politik an internationales und nationales Recht, durch Beachtung von Sachkriterien und der Zielsetzung von möglichst effektivem „Krisenmanagement“ durch eine Mischung militärischer und ziviler Komponenten gewährleistet werden soll. Zum anderen wird hier Rationalität als Maßstab im Sinne eines aufgeklärten Eigeninteresses gefordert. Die Bundesregierung soll beim Abwägen von Sinn und Zweck einer Militärmission im Auge behalten, dass Deutschland unter Umständen eigene „Interessen“ hat, die eine Nichtbeteiligung gebieten.

Nassauers Beitrag fügt sich mit der Forderung nach einer umfassenden Debatte und der Präzisierung der Entscheidungsgrundlagen für Bundeswehreinsätze in eine allgemeine Stimmungslage von vielen Politikern, Medienvertretern und Wissenschaftlern ein. Diese kann mit Unbehagen und Interventions skepsis – wenn nicht gar als beginnende Interventionsmüdigkeit – beschrieben werden. Nach 15 Jahren Auslandseinsätzen, innerhalb derer das Bundeswehrengagement schrittweise ausgedehnt wurde, mehren sich die Stimmen, die detaillierte Kosten-Nutzen-Bilanzen bisheriger Einsätze und auch mehr Zurückhaltung bei künftigen Engagements einfordern. Die Anzeichen einer wachsenden Interventions skepsis zeigten sich im Vorfeld des Kongo-Einsatzes im Jahr

2006, als deutlicher als zuvor über Risiken und Gefahren einer deutschen Beteiligung und einer möglichen Überforderung der Bundeswehr gesprochen wurde. Die relativ kurze und in ihrer Zielsetzung eng begrenzte Kongo-Mission stieß bei den Bundesbürgern mehrheitlich auf Ablehnung, wird von der Bundesregierung jedoch als klarer Erfolg gewertet. Die dauerhafte und sich schleichend entgrenzende Mission in Afghanistan, die auf unterschiedlichen Mandaten beruht, wirft dagegen immer weitere Probleme und kritische Fragen auf – wie es derzeit scheint, könnte sich über das deutsche Engagement in Afghanistan die lange geforderte Grundsatzdebatte tatsächlich noch entzünden. Der Sonderparteitag der Grünen und die Kontroverse innerhalb der SPD um die Fortsetzung des Mandats für die Operation Enduring Freedom im Herbst 2007 zeigen das Bedürfnis nach einer solchen Debatte.

Jenseits dieser aktuellen Ereignisse gibt es jedoch seit längerem weitere Indikatoren dafür, dass nicht nur die Entscheidungsgrundlagen für Bundeswehreinätze für verbesserungsbedürftig gehalten werden, sondern dass insgesamt die Angemessenheit des Engagements westlichen Militärs bei internationalen Problemlagen kritischer beobachtet wird: In diesem Sinne sind etwa jüngere Bemühungen einiger Sicherheits- und Verteidigungsexperten der Bundestagsparteien zu sehen, „Kriterienkataloge“ als Orientierungshilfen für Entscheidungen über Bundeswehreinätze zu entwickeln. Und es dürfte auch kein Zufall sein, dass im Jahr 2007 eine Reihe von Publikationen, die an der Schnittstelle von Wissenschaft und Praxis angesiedelt sind, ihre Schwerpunkte – ähnlich wie die aktuellen *WeltTrends*-Hefte – entweder den Bundeswehrbeteiligungen oder der Effektivität von Militärinterventionen bzw. Friedensmissionen widmen (z.B. das Friedensgutachten 2007, die Zeitschriften *Internationale Politik* und *Friedens-Warte*). Die in solchen Publikationen, aber auch verstärkt in Zeitungskommentaren vorgebrachte Forderung, Militäreinsätze „auf den Prüfstand“ zu stellen, scheint so allmählich in breiteren Zirkeln der Politik und der Öffentlichkeit Befürworter zu finden. Denn in der Friedensforschung herrscht eine kritische Betrachtungsweise von Militärinterventionen seit langem vor.

Insoweit steht eine Reihe von Otfried Nassauers Diskussionsvorschlägen im Einklang mit immer häufiger genannten Wünschen nach einer umfassenden sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland. Deren Ausbleiben wird nicht nur von Sicherheits- und Verteidigungsexperten der Parteien beklagt, sondern auch von den Bundesverteidigungsministern. Bereits Peter Struck zeigte sich verwundert darüber, dass seine viel zitierte Formel, Deutschlands Sicherheit werde auch am Hindukusch verteidigt, keine größere Erregung hervorgerufen hatte. Verteidigungsminister Jung unterstrich schließlich im Frühjahr 2006 – angesichts der zunehmenden Kritik an der wachsenden Beteiligung Deutschlands an internationalen Militäreinsätzen –, dass die Bundesregierung jeweils genau überprüfen müsse, ob eine Beteiligung an einem international avisierten Militäreinsatz im Interesse Deutschlands liege. Das neue *Weißbuch zur Sicher-*

heitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr 2006 sollte als „Standortbestimmung“ der deutschen Sicherheitspolitik in dieser Frage nicht nur mehr Klarheit schaffen, sondern auch die innerstaatliche Debatte anstoßen. Die Vorstellung des Weißbuchs im Oktober 2006 wurde jedoch von den Fotos mit deutschen Soldaten in Afghanistan, die mit Totenschädeln posierten, in den Hintergrund gedrängt. Über die tagelange, letztlich jedoch nur kurzfristige Erregung über diese Fotos geriet das Weißbuch nahezu in Vergessenheit.

Es mutet seltsam an, dass offenbar so viele politische Akteure eine „große Debatte“ wünschen (wenn auch mit unterschiedlichen Motiven und Erwartungen), aber nicht imstande sind, diese anzustoßen. Zumindest in politischen Arenen, wie im Parlament oder auf Parteitag, sollte es nicht besonders schwierig sein, auch Grundsatzdebatten anzusetzen – sofern dies tatsächlich gewünscht wird. Allerdings wird unter der umfassenden Debatte von vielen Akteuren nicht einfach nur eine Parlamentsdebatte verstanden, da es diese anlässlich von Entscheidungen über Einsätze und Mandatsverlängerungen ja ohnehin gibt. Die Bundeswehr ist ein „Parlamentsheer“, d.h. die Bundesregierung muss für einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte grundsätzlich die vorherige konstitutive Zustimmung des Bundestags einholen (Parlamentsvorbehalt). Gewünscht wird inzwischen eine über Fragen eines einzelnen Einsatzes hinausgehende Selbstverständigung, die nicht nur die parteipolitische Arena betrifft, sondern auch in die Gesellschaft hineingetragen wird.

„Freundliches Desinteresse“

Wie Otfried Nassauer in seinem Beitrag zeigt, hat sich die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren stark verändert. Die *Folgen* des Politikwechsels vom Verteidigungs- zum Interventionsauftrag werden zwar zunehmend von Politikern reflektiert, jedoch trifft dies alles auf ein eher geringes Interesse der Bundesbürger. Bundespräsident Horst Köhler beklagte 2005 in einer bemerkenswerten Rede zum 50-jährigen Bestehen der Bundeswehr das „freundliche Desinteresse“ der Bundesbürger gegenüber ihren Streitkräften. Deren tief greifende Umstrukturierung zu einer „Armee im Einsatz“ werde nicht wirklich wahrgenommen und den Bürgern fehle ein Bewusstsein über den inzwischen erreichten Stand der Einsatzrealität der Bundeswehr.

Man mag zunächst fragen, warum dieses Desinteresse der Bürger überhaupt problematisch sein soll. Zum einen ist internationale Sicherheitspolitik eine hochkomplexe Angelegenheit, die wie keine andere eine klassische Domäne von Exekutiven darstellt und in der „politische Führung“ als geradezu lebensnotwendig erachtet wird. Bürgern wird in diesen Fragen zumeist wenig Kompetenz und Urteilskraft zugetraut. Zum anderen könnte die Diagnose des „freund-

lichen“ Desinteresses eine breite Akzeptanz der Bevölkerung für die Auslandseinsätze signalisieren – insofern gäbe es hier keine Anzeichen für demokratische Defizite. Gegen solche Argumente ist jedoch einzuwenden, dass der Einsatz von (zumal deutschem) Militär eine äußerst sensible und heikle Option von demokratischer Außenpolitik darstellt. Ein Bereich, in dem es im wörtlichen Sinn um Leben und Tod von Menschen geht, sollte in einer Demokratie ebenso wenig der öffentlichen und damit kritischen Diskussion entzogen werden, wie jedes andere Politikfeld. Das Desinteresse von Bürgern begünstigt Tendenzen der Selbstermächtigung demokratischer Regierungen, die aufgrund der Internationalisierung von Sicherheitspolitik im Rahmen von NATO und EU ohnehin angelegt sind. Und gerade wenn Politiker heute betonen, dass die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit aufgelöst seien (und damit zum Teil auch die Aufhebung der Trennung von Militär- und Polizeiaufgaben im Inneren zu legitimieren versuchen), wäre gleichzeitig die Ansicht obsolet, es genüge vollkommen, wenn sich Bürger für innenpolitische Belange interessieren.

Nicht zuletzt ist es auch im Hinblick auf die Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft wichtig, dass die Umstrukturierung und die Einsätze der Bundeswehr kritisch beobachtet werden. Der Wandel des Soldatenbildes betrifft schließlich die Gesellschaft direkt, insofern Mitglieder dieser Gesellschaft Einsatzerfahrungen in Kriegs- und Nachkriegsgebieten machen, über die bislang relativ wenig öffentlich gesprochen wird. Was westliche Soldaten in Afghanistan oder im Irak tun, ist nicht nur für die Konfliktgebiete relevant, sondern wirkt auch auf die Entsendestaaten zurück. Diese gleichsam „innere“, gesellschaftsrelevante Seite der Bundeswehreinätze verdient größere öffentliche Aufmerksamkeit, als ihr bislang zuteil wird: Wie die Erfahrungen der Soldaten die Betroffenen (und auch die Institution Bundeswehr) verändert, und welche Meinungen in der Bevölkerung bezüglich der Einsätze vorherrschen. Die entsprechende Forschung dazu steht noch an ihrem Beginn und wird, insoweit es sie gibt, jenseits eines engen Expertenkreises kaum wahrgenommen. In der Fachliteratur über die sicherheitspolitische Kultur Deutschlands wurde der damaligen westdeutschen Bevölkerung zu Zeiten des Kalten Kriegs eine „anti-militaristische“ Haltung bescheinigt. Aufgrund der historischen Belastung als aggressiver und militaristischer Staat und der im Kalten Krieg hinzutretenden Furcht vor einer möglichen kriegerischen Auseinandersetzung der beiden Supermächte auf deutschem Territorium habe sich eine tiefe Kriegsabweigung in der Bevölkerung entwickelt. Es scheint trotz des Vorliegens von Umfragen nicht ganz klar zu sein, wie die Einstellungen der Bevölkerung heute, nach 15 Jahren Auslandseinsätzen der Bundeswehr, beschrieben werden können. Bundespräsident Köhler hat versucht, dies mit der Formulierung des „freundlichen Desinteresses“ auf den Punkt zu bringen. Obgleich sich gegenwärtig mit der ansteigenden

Aufmerksamkeit für den Afghanistan-Einsatz dieses freundliche Desinteresse auch bei der Bevölkerung in ein eher kritisches Interesse wandeln könnte, liegt der Bundespräsident mit seiner Beobachtung im Kern sicherlich nicht falsch.

Wieso dieses Desinteresse der Bürger?

Erstens sind die Aufgaben der Bundeswehr schrittweise ausgedehnt und in der ersten Phase der 1990er Jahre vor allem mit humanitären Argumenten legitimiert worden. Das historisch schwer belastete deutsche Militär sollte nunmehr im Dienst „guter“ Gründe eingesetzt werden. Zudem waren es ausgerechnet die rot-grünen Bundesregierungen, die die Interventionstätigkeit Deutschlands weiter ausdehnten. Wie es der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder selbst formulierte, führte dessen Regierungspolitik zu einer „Enttabuisierung des Militärischen“. Dies war vermutlich nur deshalb möglich, weil beide Parteien beim Gros der Bevölkerung nicht im Verdacht standen, deutsches Militär wieder zum Instrument großmannsüchtiger Weltpolitik zu machen. Die rot-grüne Sicherheitspolitik hat so auch zur Schwächung der deutschen Friedensbewegung beigetragen, da diese einen erheblichen Teil ihrer parteipolitischen Bündnispartner verlor. Eine dauerhafte Mobilisierung gegen Parteien zu erreichen, die selbst als militärkritisch bis -ablehnend galten, war schwierig. Weniger Polarisierung bedeutet häufig jedoch auch weniger Aufmerksamkeit.

Zweitens ist das verbreitete Bild von deutschen Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz das der „zivilen Bauhelfer“ und „Friedenssicherer“. Berichten Bildmedien überhaupt über die Bundeswehr im Einsatz, dann vermitteln sie in der Regel genau dieses „freundliche Gesicht“ des Militärs. Die tief greifende Umwandlung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erscheint so vielen im Gewand recht harmloser Sozialarbeit. Dieser „Imagewandel“ hängt mit einem internationalen Funktionswandel des Militärischen zusammen, der sich seit Ende des Ost-West-Konflikts vollzogen hat (und der von Otfried Nassauer in seinem Beitrag beschrieben wird) und der sich auf das Bild des Krieges auswirkt. Während der jüngste Irakkrieg auch in der Öffentlichkeit als Krieg wahrgenommen wurde, stimmen zahlreiche Einsätze von Militär nicht mehr mit dem konventionellen Bild vom Krieg überein. Das medial vermittelte Bild des Krieges verändert sich auch durch die Tatsache, dass Militär- und Polizeiaufgaben bei zahlreichen internationalen Missionen ineinander fließen. Es gibt heute Einsatzformen mit jeweils unterschiedlichen administrativen, quasi-polizeilichen, infrastrukturellen und politischen Komponenten. Dass Soldaten auch internationale Polizeiaufgaben übernehmen und in den Medien auch häufig als freundliche Ordnungshüter dargestellt werden, kann bei der Bevölkerung der Entsendestaaten auch größeres Verständnis für die Legitimität des Engagements erzeugen. Wird aber eher die zivil-ordnungserhaltende Seite der Einsätze wahrgenommen und nicht das Töten und Verletzen, drohen kriegerische

Handlungen und auch die Gefahr für Leib und Leben von Soldaten verharmlost zu werden. Es ist kaum verwunderlich, dass insbesondere die deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg und am Krieg gegen die Taliban noch die meiste Aufmerksamkeit erlangte, waren beides doch Kampfeinsätze. Auch die Debatte Anfang 2007 über den Tornado-Einsatz im Süden Afghanistans und die Notwendigkeit eines neuen parlamentarischen Mandats deuten auf diesen Zusammenhang zwischen wahrgenommener Gefährlichkeit und erhöhtem öffentlichen Interesse hin.

Drittens fehlt Wissen über die Auslandseinsätze. Es ist schwierig, unabhängige Forschung in Krisengebieten durchzuführen, und auch Journalisten sind zum großen Teil auf die Informationspolitik des Militärs oder der Regierungen angewiesen. Umfragen zufolge fühlen sich viele Bürger über die Auslandseinsätze schlecht informiert; ihr Wissen ist gering. An dieser Stelle ist auch kritisch zu vermerken, dass eine Reihe von Formeln der deutschen Sicherheitspolitik wie etwa „Friedenssicherung“, „Stabilisierung“ und „Krisenmanagement“ mehr zur Verschleierung von Sachverhalten beitragen als zu deren Erhellung. Die Aufgaben von Militär bzw. Sicherheitspolitik werden oft genug in einer Sprache beschrieben, die Harmlosigkeit suggeriert und zugleich wenig Analyse erlaubt. Diese Unehrllichkeit in der politischen Rhetorik dürfte kaum dazu führen, dass Bürger, die sich mehr Informationen wünschen, dieser Art von politischem Diskurs mit größerem Interesse folgen wollen.

Viertens sind wenige Bürger selbst von den Auslandseinsätzen betroffen, und das neue Aufgabenspektrum rückt die Streitkräfte in weite geografische Ferne. Die Umstände und Folgen internationaler Militäreinsätze werden weniger direkt erfahren als etwa Auswirkungen von innenpolitischen Reformen wie der Gesundheits- oder Steuerreform. Auch wenn deutsche Politiker behaupten, bei den Auslandseinsätzen gehe es um nichts weniger als die Verteidigung des eigenen Landes oder überhaupt die „nationalen Interessen Deutschlands“, berührt dies nur wenige in ihren eigenen Lebenserfahrungen. Allerdings ändert sich dies in dem Maße, in dem immer mehr Soldaten Auslandseinsätze mitmachen und in ihrem direkten Lebensumfeld von diesen Erfahrungen berichten. So wird mit wachsender Interventionserfahrung vermutlich auch in der deutschen Gesellschaft die Frage häufiger gestellt werden, wie etwa mit traumatisierten Angehörigen der Streitkräfte umzugehen ist.

Fünftens lockern sich über die kontinuierliche Verringerung der Wehrpflichtigenzahl und Wehrpflichtzeit die Verbindungen zwischen Gesellschaft und Streitkräften. Mag die zunehmende Verkleinerung und Professionalisierung der Streitkräfte aus Effizienzgründen, d.h. funktionalen militärischen Gründen, für eine „Interventionsarmee“ geboten sein, so führt dies auch zu einer schleichenden Ausgliederung aus dem Wahrnehmungsumfeld der Bürger.

Kritische Bestandsaufnahmen unumgänglich

Die genannten Gründe sind Überlegungen zu strukturellen, kognitiven und mentalen Bedingungen innerhalb der deutschen Gesellschaft, die Desinteresse begünstigen. Es sind Vermutungen, da es zu diesen Fragen trotz einiger Umfragen und Erhebungen zu wenig Forschung gibt. Wenn jedoch diese Gründe triftig sind, hätte dies auch Konsequenzen für die von vielen geforderte „umfassende Diskussion“. So wünschenswert eine große sicherheitspolitische Debatte wäre, die nicht auf die politische Arena beschränkt bliebe, sondern auch in die Gesellschaft hineinreichte, so unwahrscheinlich erscheint sie vor diesem Hintergrund. Aus friedenspolitischer Sicht dürfte dieses Ausbleiben einer großen Debatte jedoch nicht zu einem weiteren Gewöhnungseffekt der Gesellschaft an immer weitere Einsätze führen.

Eine bessere Orientierung über Sinn, Zweck und Nutzen der Auslandseinsätze bleibt ein grundsätzliches Desiderat gerechter und nachhaltiger Friedenspolitik von Demokratien. Eine solche Orientierung kann auch über kleinere Schritte erreicht werden. Erste Anknüpfungspunkte hierzu könnten durchaus die jüngeren Überlegungen einzelner Bundestagsparteien darstellen, Kriterienkataloge, Kommissionen oder Sonderparteitage zu nutzen, um die Entscheidungsgrundlagen bei Auslandseinsätzen transparenter zu machen bzw. laufende Einsätze zu bewerten. Ohnehin ist eine öffentlich zugängliche, d.h. nicht nur innerhalb der Bundeswehr und der Exekutive zirkulierende, Evaluierung der laufenden und abgeschlossenen Einsätze überfällig, um die Angemessenheit militärischer Mittel einschätzen und belastbare Exit-Strategien entwickeln zu können. Da die Einsätze nur mit anderen Staaten gemeinsam durchgeführt werden und daher verschiedene Interessen einbezogen sind, wäre hier gewiss einiges an Widerstand und Konfliktpotenzial zu erwarten. Nichtsdestotrotz sind (selbst)kritische Bestandsaufnahmen unumgänglich.



Dr. Anna Geis, geb. 1971, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt/Main; Studium der Politikwissenschaft und Geschichte in Darmstadt, Warwick/UK und Promotion an der Universität Hamburg. Derzeit Leiterin eines Projekts zur „Kriegsbeteiligung westlicher Demokratien“.
E-Mail: Geis@hsfk.de